

Aalener Jahrbuch Online

Geschichtsverein
Aalen e.V.

Bearbeitet von Georg Wendt

©2018 Geschichtsverein Aalen e.V.

Bildnachweis: Soweit nicht anders vermerkt, wurden die Fotos und Illustrationen vom Stadtarchiv Aalen zur Verfügung gestellt.

Stillstand, Demontage, Sprengung. Die Alfing Keßler Werke 1945-1948

von Martin Grasmannsdorf

Einleitung

Das Lebenswerk Karl Keßlers (1880-1946), des Gründers und Inhabers der Maschinenfabrik Alfing Keßler, war 1945 äußerst gefährdet. Seitdem Keßler im Frühjahr 1944 einen Gehirnschlag erlitten hatte, hatte er sein Unternehmen nicht mehr in Augenschein nehmen können.¹ Nach dem Einmarsch der Amerikaner am 22. April 1945 stand die Produktion in den drei bis dahin als kriegswichtig angesehenen Betrieben still: dem Schmiedewerk, in dem Kurbelwellenrohlinge geschmiedet wurden, der Maschinenfabrik, in der die eigentliche Kurbelwellenproduktion für die verschiedensten Motoren stattfand, sowie der Nabenfabrik in Ellwangen, die ausschließlich Propellernaben für Flugzeugmotoren herstellte. Eine große Zahl von Maschinen war, wie in vielen anderen Betrieben auch, kurz vor dem Einmarsch durch den Ausbau von Teilen „gelähmt“ (unbrauchbar gemacht) worden.

Auch Auguste Keßler, die Ehefrau, und Hans Kinzler, Neffe von Karl Keßler, in deren Händen die Geschäftsführung lag und mehr als 5.000 Beschäftigte in den drei Betrieben, darunter zahlreiche Fremdarbeiter, mussten sich auf neue Gegebenheiten einstellen. Insbesondere stellte sich die Frage, ob die Durchführung des Beschlusses der Siegermächte USA, Sowjetunion und Großbritannien auf der Konferenz von Potsdam (2. August 1945), in Deutschland Industrieanlagen zu demontieren, sich auch in Wasseralfingen auswirken würde.

Demontage, ein Thema zeitgeschichtlicher Forschung

Wie der Beschluss dieser Konferenz zur Demontage von Industrieanlagen in Deutschland umgesetzt wurde, wird in einschlägigen Darstellungen der Nachkriegszeit nur pauschal abgehandelt.² Sucht man nach Arbeiten, die näher auf diesen in der kollektiven Erinnerung durchaus verankerten Begriff eingehen, ist das Ergebnis bescheiden. Das Institut für Zeitgeschichte listet im Schlagwortkatalog 17 Eintragungen auf, die sich ausnahmslos auf die britische und die sowjetische Besatzungszone beziehen.

Möchte man Genaueres über Demontage in der amerikanischen Besatzungszone oder, noch enger gefasst, in Württemberg-Baden in Erfahrung bringen, stellt sich mithilfe der Landesbibliographie Baden-Württemberg rasch heraus, dass dazu keine einschlägigen Untersuchungen vorliegen. Damit führt der Weg zwangsläufig in die Archive und hier wird man rasch fündig.

Die vorliegende Arbeit hat sich zum Ziel gesetzt, ausgehend von der Frage der Demontage, die Geschichte eines Industriebetriebs in der frühen Nachkriegszeit nachzuzeichnen, so wie sie sich im Hauptstaatsarchiv Stuttgart (zit. HStAS) und im Staatsarchiv Ludwigsburg (zit. StAL) widerspiegelt. Der Betrachtungshorizont hat sich im Laufe des Quellenstudiums rasch ausgeweitet, sodass eine Vielzahl von Aspekten gewichtet und in die Darstellung einbezogen werden musste. Es bleibt indes die Gewissheit, nur einen ersten Schritt getan zu haben.

Vom Ende der Kriegsproduktion zum Reparationsbetrieb

Rund zwei Wochen nach dem Kriegsende, am 19. Mai 1945, genehmigte die neu eingerichtete Militärregierung Aalen der Maschinenfabrik die Reparatur von Personen- und Lastkraftwagen, später auch die Einrichtung einer Werkstatt für Motorenüberholung. Jedoch wurden dadurch nicht mehr als rund 100 Arbeitsplätze geschaffen. Das Schmiedewerk stand bis Anfang Februar 1946 still. Gebäude- oder Maschinenschäden waren nicht zu verzeichnen, Plünderungsschäden mussten jedoch beseitigt werden.³ Das Unternehmen stand unter Vermögenskontrolle. Deshalb fungierte im Betrieb ab Februar 1946 der Treuhänder Georg Göhring.⁴

Die Produktion von Kurbelwellen lief nach der Freigabe durch die Militärregierung am 6. November 1945 wieder an, sodass bis zum Jahresende 1945 wieder insgesamt 80 Kurbelwellen hergestellt wurden. Im Rückblick auf 1946 meldete der Treuhänder an die amerikanische Militärregierung in Stuttgart, man habe rund 10.000 Kurbelwellen gefertigt und die Zahl der Beschäftigten läge bei knapp 600.⁵ Zu diesem Zeitpunkt jedoch war die Zukunft des Schmiedewerks mehr als bedroht. Seit Mai 1946 wusste man in Wasseralfingen, dass *die Schmiedewerke Alfing in Wasseralfingen (Keßlerwerk) unter Nr. 132 von Berlin aus als Reparationsbetrieb erklärt worden [waren]*.⁶ Hier nun spiegelte sich der Artikel IV der Abschlusserklärung der Dreimächtekonferenz der USA, Sowjetunion und Großbritannien vom 17. Juli bis 2. August 1945 (Potsdamer Konferenz) wider.

Deutschland sollte für „die Verluste und die Leiden, die es den Vereinten Nationen verursacht hat“, durch Reparationen einen Ausgleich schaffen. Diese Reparationen sollten in erster Linie in *industrieller Ausrüstung* bestehen, die für die deutsche Friedenswirtschaft unnötig war. Gleichzeitig sollte die Industriekapazität der deutschen Wirtschaft planmäßig verringert werden.

Die Metall verarbeitende Industrie, die in der Kriegszeit ihre Kapazitäten gewaltig ausgeweitet hatte, sollte nach einem ersten Plan auf das Niveau von 1932 reduziert werden. Die Oberkommandierenden der Besatzungszonen erhielten die Aufgabe aufzulisten, welche Industrieanlagen als überflüssig erachtet wurden.⁸ Auf der endgültigen Liste des Kontrollrats stand unter der Nummer 132 das Schmiedewerk und ab Februar 1947 für einige Zeit auch die Maschinenfabrik unter der Nummer 291.

Die Geschäftsleitung in Wasseralfingen stand vor einer doppelten Aufgabe. Auf der einen Seite musste man allen Weisungen der Militärregierung Folge leisten, auf der anderen Seite unternahm man Schritte, den Beschluss zur Demontage aufzuheben.

Die in Wasseralfingen eintreffenden Weisungen kamen über zwei Kanäle. Zum einen war im Wirtschaftsministerium in Stuttgart eine Reparationsabteilung eingerichtet worden, die das Bindeglied zwischen Unternehmen und der *Industry Branch* der Militärregierung in Stuttgart bildete. Da das Unternehmen seit dem 12. Januar 1946 unter Vermögenskontrolle stand, wurde es von der Hauptabteilung VI *Gesperre Vermögen des Finanzministeriums* beaufsichtigt.⁹ Im Kreis Aalen war hierfür das Amt für Vermögenskontrolle (AfV) zuständig. Im Betrieb selbst war der Treuhänder der zentrale Ansprechpartner.

Dem Betrieb wurden Auflagen erteilt. Eine *notice of custody* (Bekanntmachung der Vermögensbeaufsichtigung; siehe auch im Anhang) war sichtbar anzubringen und die Belegschaft durch Anschläge zu informieren. Eine Belehrung wurde durchgeführt, *dass das Schmiedewerk zu den Reparationswerken gehört und keine Werte unrechtmäßig abgetragen werden dürfen.*

Das Firmengelände war nachts durch Scheinwerfer zu beleuchten, Kontrollgänge wurden durchgeführt. Fahrzeuge durften nur nach Überprüfung der Ladung mit einer entsprechenden Bescheinigung das Werksgelände verlassen.¹⁰ Die als Reparationen abzugebenden Maschinen wurden gesondert bewacht.

Im Zeitraum Juni bis August 1946 wurde eine Liste erarbeitet, welche Maschinen und Geräte für Reparationen bereitgestellt werden sollten. In einer Aktennotiz des Wirtschaftsministeriums ist festgehalten: *Laut Kontrollratsplan vom 19.8.1946 fallen vom Schmiedewerk Alfing 486 Maschinen und Geräte mit einem Gesamtwert von RM 6.592.209.- unter Reparationen. Es handelt sich in der Hauptsache um Drehbänke, Schleif-, Bohr-, Fräs- und Hobel-Maschinen, Eisensägen, Schmiedepressen und Schmiedehämmer sowie Glühöfen.*¹¹

Diese Liste beruhte auf Aufstellungen, die im Werk selbst erstellt wurden. Die zur Ablieferung vorgesehenen Maschinen wurden im Werk zentral zusammengezogen mit Ausnahme der Doppelgesenkhämmer, die für den Produktionsprozess unbedingt erforderlich waren. Treuhänder und Werkleitung wiesen gemeinsam darauf hin, dass man auf diese Hämmer unbedingt angewiesen sei, jedoch könne man zwei davon (mit 63.000 mkg und 40.000 mkg) abgeben.¹²

Der Kampf um die Erhaltung des Werks

Zur gleichen Zeit hatte schon der Kampf um die Erhaltung des Werks begonnen. Bereits am 21. Mai 1946 richtete der Landrat in Aalen ein Schreiben an den Wirtschaftsminister Andre in Stuttgart.

Landrat von Lütgendorff wies auf die *Gefahr für die bodenständige, arbeitende Bevölkerung von Württemberg und hiemit [sic!] auch für den ganzen Kreis Aalen* hin. Er unterstrich:

In weiterem Sinne würde der Abbau des Schmiedewerks Alfing Keßler K.G. den Stillstand der Maschinenfabrik Alfing bedeuten und dadurch wäre die Unmöglichkeit gegeben, die Lastwagen- und Traktorenfabriken mit den notwendigen Kurbelwellen zu beliefern. Dies hätte wieder den Stillstand vieler Werke und die Arbeitslosigkeit einer großen Zahl in Württemberg und in der ganzen amerikanischen Zone jetzt noch beschäftigten Arbeiter zur Folge.¹³

Ähnlich argumentierte das Wirtschaftsministerium gegenüber der Militärregierung in einem umfangreichen Schreiben vom 29. Mai 1946:

Das Werk ist der einzige Spezial-Betrieb für die Herstellung von Kurbelwellen jeder Art und Grösse in der gesamten U.S.- und französischen Zone Deutschlands. [...]

Darüber hinaus ist das Unternehmen Schlüsselbetrieb für eine grosse Zahl anderer Werke, die mit der Herstellung von wichtigen Friedenserzeugnissen beschäftigt sind. Das gesamte genehmigte Herstellungsprogramm von Kraftfahrzeugen und von landwirtschaftlichen Traktoren und die Durchführung der ausserordentlich zahlreichen Reparaturen würden bei einem Wegfall des Unternehmens hinfällig werden.¹⁴

Im Oktober 1946 präziserte das Wirtschaftsministerium:

Die Maschinenfabrik Alfing Keßler ist [...] z. Zt. das einzige Werk in allen westlichen Zonen, das betriebsfähig ist und liefern kann.

Im gleichen Schreiben wurden das gesamte Produktionsprogramm sowie die wichtigsten Kunden (von Daimler Benz bis zur Zahnradfabrik Friedrichshafen) aufgelistet. Darauf aufbauend ergab sich der Hinweis zur allgemeinen und sozialen Lage.

In den vorstehend genannten Werken sind nach meiner Kenntnis 20 bis 25.000 Menschen beschäftigt. Kommt die Maschinenfabrik durch Abbau des Schmiedewerks zum Erliegen, können diese Firmen nicht mehr beliefert werden. [...]

Zu den 20 bis 25.000 Beschäftigten in diesen Betrieben gehören etwa 75 bis 100.000 Familienangehörige. Diese Menschen würden somit arbeitslos und der Allgemeinheit zur Last fallen. Die weiteren Auswirkungen sind nicht abzusehen.¹⁵

Mehrere Firmen wandten sich an das Wirtschaftsministerium, um ihrer Besorgnis Ausdruck zu verleihen. Aus einem Schreiben des M.A.N. Werks Nürnberg sei beispielhaft zitiert:

(Wir) bitten Schritte zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit zu unternehmen. Eine Minderung der Leistungskapazität der Maschinenfabrik Alfing ist für uns von weittragender Bedeutung, weil wir wirtschaftlich stark mit diesem Betrieb verflochten sind.¹⁶

Auch das Reichsbahnzentralamt München hielt das Weiterbestehen der Firma „im Interesse des Besatzungs- und Dienstzugverkehrs für unbedingt notwendig.“¹⁷ Flankierend wies das Wirtschaftsministerium in einem Schreiben an die Militärregierung darauf hin, dass

[...] bei dem Unternehmen Alfing Keßler niemals von einem unterirdischen Kriegsbetrieb gesprochen werden (kann). Es müßte insbesondere anerkannt werden, daß gerade dieser Betrieb mit allen Mitteln gegen die Kriegsfertigung sich gewehrt hat und wegen des Verdachts der Sabotage an der Rüstungsfertigung unter Überwachung stand.¹⁸

Auch der Leiter der Industrieabteilung der Militärregierung in Stuttgart machte sich schließlich dafür stark, das Schmiedewerk zu erhalten und schrieb im Juli 1947 an den Leiter der Industrieabteilung in Berlin:

Eine angestellte Ingenieursbetrachtung zeigt, daß es keinen anderen Betrieb in der amerikanischen oder englischen Zone gibt, der in der Lage wäre, um die Vielzahl der Kurbelwellen für die Autoindustrie, Lastwagenindustrie, Dieselmotoren für Dieselmotoren der Reichsbahn und viele andere Arten [...] herzustellen. Unser Amt ist der Ansicht, daß dieser Betrieb für die deutsche Industrie lebenswichtig ist und es wird ersucht, diesen Betrieb von der Reparationsliste abzuführen.¹⁹

Der Reparationstrupp

Am 20. Dezember 1946 hatte der Treuhänder die Geschäfts- und Betriebsleitung informiert, dass die Reparationsabteilung des Wirtschaftsministeriums angeordnet habe, *mit sofortiger Wirkung* einen dem Ministerium unterstellten *Reparationstrupp* zu bilden. Diesem oblag es, *die Reparationsmaschinen [...] zusammenzuziehen, auf Vollständigkeit zu überprüfen und die laufende Pflege für diese Maschinen zu übernehmen.*

Unter der Leitung eines Ingenieurs sollten rund 50 Arbeiter die anstehenden Aufgaben erfüllen. Ein eigenes Lohn- und Personalbüro wurde eingerichtet. Das Wirtschaftsministerium sorgte für die Bereitstellung der nötigen Mittel für alle anfallenden Kosten sowie für Löhne und Gehälter. Ein Tätigkeitsbericht vom 31.03.1947 zeigt, dass der verantwortliche Ingenieur Puffe seine Aufgabe gewissenhaft erfüllte.²⁰ Unter seiner Aufsicht wurden alle Maschinen der Reparationslisten abgebaut, nach Gruppen in Hallen geordnet aufgestellt. Es ist davon auszugehen, dass keine Reparationsmaschinen abtransportiert wurden.

Die so genannten „Restitutionsmaschinen“ wurden zusammengezogen, konserviert und verladen, teilweise auch Umbauten vorgenommen.²¹

In den Akten ist nur ein Zwischenfall dokumentiert. Ein Wachmann wurde fristlos entlassen, nachdem durch unerlaubte Spielerei eine Säulenbohrmaschine umgekippt war, diese dadurch irreparabel beschädigt wurde und deshalb von der Reparationsliste gestrichen werden musste.²²

Als kleine sprachliche Kosmetik wurde im März 1947 durch die Reparationsabteilung eine Umbenennung angeordnet. Auf Schreiben war nun statt „Reparationsstrupp“ der Name „Wachtrupp bei Alfing Keßler“ zu verwenden. Der Trupp wurde zum 31.10.1947 aufgelöst, die letzten 28 „Wachleute“ entlassen.²³

Die Restitutionen

Hierunter sind Maschinen zu verstehen, die ohne Bezahlung nach Wasseralfingen gelangt waren und nun ihrem rechtmäßigen Besitzer zurückgegeben werden mussten. 40 Maschinen wurden für den Abtransport in die Tschechoslowakei vorbereitet und abgefertigt, 20 weitere *Restitutionsmaschinen* für Belgien, Holland und Polen wurden dorthin zurückgebracht.²⁴ Die Freigabe zum Versand wurde durch die US-Militärregierung in Berlin (OMGUS) erteilt.²⁵

Die Sprengung des Fabrikationsstollens „Nephelein“

Auf dem Firmengelände kann man noch heute nahe dem Schmiedewerk Tore sehen, hinter denen Zugänge zu Stollen liegen. Mit dem Bau dieser Stollen wurde 1944 begonnen: *Wir haben [...] an Ostern 1944 den Befehl bekommen, einen Stollen für gewisse Kurbelwellen zu bauen. [...] Das Bauvorhaben [...] wurde von der Organisation Todt für das Reich ausgeführt.*²⁶ Die nicht fertiggestellte unterirdische Anlage²⁷ (Plan im Anhang) wurde Anfang 1946 von den dort aufgestellten Maschinen geräumt, *die in einem katastrophalen Zustand angetroffen worden sind.*²⁸ Die Stollen sollten auf Weisung der Militärregierung vom August 1947 gesprengt werden. Dadurch wurde dem Kontrollratsgesetz Nr. 23 (Verbot militärischer Bauten in Deutschland) vom 10. April 1946 Genüge getan.

Anfang September 1947 waren die Vorbereitungen für die Stollensprengung abgeschlossen. Die Militärregierung in Aalen erwirkte jedoch, dass ein Stolleneingang für das *86. Ordnance Base Depot* erhalten blieb.²⁹ Ab Oktober wurde schließlich gesprengt. Vier Tonnen Sprengstoff Donarit sorgten für wirksame Zerstörungen, die auch nach außen hin sichtbar wurden:

*Eine Ortsbesichtigung am 17.2.1948 ergab, dass die Stollensprengung in der Nähe des Baracken-Lagers Wasseralfingen zu einem Erdbeben geführt hat, demzufolge ein Loch, etwa 5 m tief, 10 m lang und 4 m breit, klafft. Ich bitte, diesen Erdbeben so einzudämmen, dass Unfälle vermieden werden.*³⁰

Die Akten des Amts für Vermögenskontrolle Aalen

Die Vermögenskontrolle wurde konsequent gehandhabt. Jede Verfügung über Firmenbesitz, Firmengelder oder die Begleichung offener Rechnungen musste dem AfV vorgelegt werden, das seinerseits die Zustimmung des Finanzministeriums einholen musste:

Auf unserem Werksgelände befindet sich ein zur Verschrottung vorgesehener PKW. Elite III P 86. Wir bitten, hierfür die Verkaufsgenehmigung zu erteilen. Der Antrag wird wie folgt begründet: Das Fahrzeug ist Baujahr 1925 und für uns unbrauchbar. Seitens des Straßenverkehrsamtes steht dem Verkauf nichts im Wege. Die Verkaufsgenehmigung der Mitbesitzerin Frau Keßler liegt bei uns vor. Der Wert des Wracks [wurde] auf RM 210 geschätzt.³¹

Die Firma Maschinenfabrik Alfing spendete jedes Jahr an das Dekanat Hofen, Kath. Pfarramt Wasseralfingen [...]. Sollte eine derartige Zahlung möglich sein, sind wir gerne bereit [...] zu spenden und bitten das Amt für Vermögenskontrolle in dieser Angelegenheit um Entscheidung.³²

Die zusätzliche bürokratische Hürde des Genehmigungsverfahrens führte nicht zu einer deutlichen Verzögerung des Zahlungsverkehrs. So wurde am 07.10.1946 ein Antrag auf Zahlungsgenehmigung mit 16 Unterposten an das AfV eingereicht. Am 10. Oktober wurde der Antrag an das Finanzministerium weitergeleitet. Am 16. Oktober genehmigte letzteres die Zahlung, am 21. Oktober wurde die Genehmigung an die Maschinenfabrik vom Leiter der Vermögenskontrolle abgezeichnet.³³

Zunächst nicht erwartete Belege für die Existenz eines UNRRA Lagers in Wasseralfingen³⁴ finden sich im Schriftverkehr der Maschinenfabrik mit dem AfV.

Das jüdische Komitee betreut von der UNRRA Ort Wasseralfingen hat eine Lehrlingswerkstätte in Wasseralfingen errichtet und benötigt dringend zur Fortsetzung ihrer Arbeiten [...] Werkzeuge. [...] Wir bitten um eine Verkaufsgenehmigung.³⁵ Die Lehrlingswerkstatt scheint auf Metall verarbeitende Berufe vorbereitet zu haben. Ein Mietvertrag über Maschinen, Werkzeuge und Einrichtungsgegenstände (Drehmaschine, Bohrmaschine, Schleifbock, Schraubstöße, Werkbänke, Bohrer, Feilen, Schieblehren) weist darauf hin.³⁶

Auch die Not der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen wird in einem Schreiben deutlich:

In unserem Besitz befindet sich eine größere Zahl von alten, sehr beschädigten Möbeln wie z.B. Kleiderschränke, Garderobenschränke für Werksangehörige, Hocker, eiserne Bettstellen etc. Die Gegenstände werden von uns jetzt und in absehbarer Zeit nicht mehr benötigt und sind einer weiteren Wertminderung stark ausgesetzt, da sie in einem für Luftschutzzwecke erbauten Stollen untergebracht sind. Flüchtlinge und Werksangehörige, die Flüchtlinge aufgenom-

*men haben, fragen des Öfteren nach, ob ihnen diese Gegenstände käuflich überlassen werden können. Wir sind gerne bereit, den bedürftigen Flüchtlingen zu helfen und die Gegenstände abzugeben. [Wir] bitten das Amt für Vermögenskontrolle eine Verkaufsgenehmigung für die Möbel [...] zu erteilen.*³⁷

Treuhänder Georg Göring

Georg Göring, geboren am 13.10.1895 in Prenzlau, verheiratet, als Krankenhaus-Sachverständiger für den Caritas-Verband und die Innere Mission tätig, zuletzt als Bürooffizier (Hauptmann d.R.) im Ersatzheer beim Rüstungskommando Ulm verwendet, wurde am 15.2.1946 zunächst für ein Jahr von der Militärregierung als Treuhänder eingesetzt.³⁸ Der Beauftragte für die gewerbliche Wirtschaft des Kreises Aalen hatte ihn hierfür vorgeschlagen.³⁹

Zwar konnte er weitreichende Entscheidungen treffen – so vermietete er Teile des Firmengeländes und stellte Mitarbeiter ein – auf den kaufmännischen und technischen Sachverstand der Geschäftsleitung blieb er indes immer angewiesen. Grundlage seiner Arbeit waren ein jederzeit aufhebbarer Treuhänder-Vertrag sowie ausführliche Anweisungen. Göring bezog eine Vergütung von 1.400 Reichsmark monatlich und bezog eine firmeneigene Wohnung in Wasseralfingen.⁴⁰

Am 5. August 1947 verabschiedete sich Göring bei der Abteilung Reparationen des Wirtschaftsministeriums, da die Vermögensaufsicht über die Alfing-Betriebe am selben Tag aufgehoben worden war.⁴¹ Im Protokoll des AfV Aalen über die *Verhandlung anlässlich der Freigabe des Vermögens der Alfing Keßler K.G.* vom gleichen Tag machte er darauf aufmerksam, dass *er sich in den 18 Monaten seiner Treuhänderschaft wirklich und ehrlich bemüht hätte, gerecht und korrekt zu handeln, was bei den heutigen Verhältnissen nicht immer leicht gewesen wäre. Er könne mit gutem Gewissen sagen, alles recht gemacht zu haben.* Frau Keßler warf hierauf ein, sie habe nicht immer dieser Überzeugung sein können. *Herr Göring habe sich so auffallend zu den Linksgesinnten hingezogen gefühlt.*⁴²

Der Ortsausschuss Aalen des Gewerkschaftsbundes Württemberg-Baden sah den Treuhänder ebenfalls kritisch (*Militarist und Ausbeuter*) und bat die Vermögenskontrolle in einem Schreiben im Juli 1947 dringend *eingehend zu prüfen, ob Göring weiterhin Treuhänder sein kann.*⁴³ Diese Prüfung erledigte sich durch das Ende seiner Tätigkeit Anfang August 1947. Über sein weiteres Schicksal konnte nichts in Erfahrung gebracht werden.

Umzug der Nabenfabrik

1938 gegründet, seit 1941 in Ellwangen angesiedelt, stellte die Nabenfabrik in Behelfsbauten bis 1945 Flugzeug-Propellernaben für einen einzigen Abneh-

mer, die Continentale Metall AG in Frankfurt her. Am 28.05.1945 wurde *die Wiedereröffnung [...] zur Vornahme von Reparaturen landwirtschaftlicher Maschinen und Automobilen genehmigt*.⁴⁴ Am 5. Dezember 1945 erteilte die Militärregierung Stuttgart die Erlaubnis zur Produktion von landwirtschaftlichen Kleingeräten sowie feinmechanischen Geräten. Rund 90 Personen waren 1946 in Ellwangen beschäftigt, hergestellt wurden Kartoffelquetschen, Sackkarren sowie Kreissägen.⁴⁵ Als das AfV Aalen Unregelmäßigkeiten im Geschäftsbetrieb feststellte, wurde der Betriebsleiter auf Anweisung der Hauptabteilung VI des Finanzministeriums entlassen und der Treuhänder ordnete die Rückverlegung des Betriebs nach Wasseralfingen an. Der Umzug war bis Ende Mai 1947 abgeschlossen.⁴⁶

Verkauf der Baracken des Lagers Wiesendorf

Das Lager, 1944 auf gemeindeeigenem Grund aufgebaut, bestand aus insgesamt neun Baracken und diente der Aufnahme eines Außenkommandos des Konzentrationslagers Natzweiler/Elisaß. Die Erstellungskosten für die Baracken hatten die Firmen Alfing-Keßler (vier Baracken) und Schwäbische Hüttenwerke Wasseralfingen (fünf Baracken) getragen.⁴⁷ Nach Kriegsende waren diese Baracken *dauernden Plünderungen* ausgesetzt, sodass *in allen Baracken viele Teile [fehlen], in einigen der Fussboden vollständig, ebenso die Türen und Fenster, teilweise sind überhaupt nur noch die Barackenprofile vorhanden*.⁴⁸

Beide Unternehmen baten darum, einen Teil dieser Baracken an Flüchtlingsfirmen verkaufen zu dürfen. Nach Genehmigung, Abbau und Abtransport von insgesamt vier Baracken blieben zunächst noch fünf Baracken stehen, darunter eine Unterkuftsbaracke, die durch *Brennholzeinlagerung des Unrralagers [sic!] augenblicklich nicht zum Verkauf kommen [konnte]*.⁴⁹

Offene Außenstände

Ebenso wie das Unternehmen noch längere Zeit nach Kriegsende Rechnungen aus der Zeit davor zu begleichen hatte, waren nicht alle für ausgelieferte Kurbelwellen beglichen. Vermutlich mussten einige Rechnungen als *Uneinbringliche Kriegsforderungen* abgeschrieben werden.

Auch andere Schwierigkeiten traten auf: *Am 3. April 1945 übergaben Sie uns [einen] Scheck über RM 450.000.- zur Gutschrift. Der Scheck wurde durch einen Sonderboten von Ihnen am 4. April 1945 zu unserer Zentrale [...] in Stuttgart gebracht. Der Bote brachte die Buchungsaufgabe der Zentrale nach Aalen persönlich mit, worauf die Kreissparkasse die Gutschrift erteilte.*

Nun teilt die Girozentrale mit, daß der Scheck [...] nicht eingelöst worden sei, da im Zeitpunkt der Vorlage des Schecks das bezogene Konto gesperrt und beschlagnahmt und das Guthaben aus Veranlassung der Militärregierung an die

Reichsbank abgeführt sei. Die Vorlage [...] erfolgte nach Angabe der Girozentrale aus dem Grunde erst vor kurzem, weil der Scheck infolge der Kriegsereignisse verloren gegangen war, und nachdem die Zentrale bei der Kreissparkasse Aalen einen Ersatzscheck angefordert hatte. Die Girozentrale bemüht sich auf unsere Veranlassung um die Freigabe des Scheckbetrags bei der Reichsbank.⁵⁰

Steuerschulden

Sie entstanden aus sogenannten *unechten Buchgewinnen* aus dem Jahr 1944 aufgrund von Artikel 8 des Kontrollratsgesetzes Nr.12, demzufolge es für *war contracts* untersagt wurde, in der Bilanz *allowances for losses* (Verlustabschreibungen) vorzunehmen, was sich bei Alfing in der Abschlussbilanz für 1944 – dem Jahr mit dem höchsten Umsatz – massiv auswirkte.⁵¹ Nach Kriegsende wären daher beträchtliche Steuernachzahlungen angefallen, wenn es nicht doch noch 1948 zu einer von Wirtschaftsministerium angestoßenen Einigung mit den Steuerbehörden gekommen wäre.

Bestelltes und nicht mehr benötigtes Material

Auf dem Betriebsgelände befanden sich im April 1945 rund 900 zur Auslieferung fertige Kurbelwellen für Flugzeug- und Schiffsmotoren sowie für Panzer. Für Personen- und Lastkraftwagen konnten 450 Stück nicht mehr versendet werden. Rund 6.000 Halbfertigfabrikate für alle Arten von Kurbelwellen, davon ca. 3.600 für ausschließlich militärische Zwecke, waren auf dem Firmengelände in Wasseralfingen und Ellwangen gelagert. Mit Zustimmung des AfV Aalen wurde das nicht mehr verwendbare Rüstungsgut verschrottet.⁵² An einem Beispiel soll dargestellt werden, mit welchen zusätzlichen Problemen Geschäftsleitung Treuhänder und Aufsichtsbehörden konfrontiert wurden, die den Zeitumständen geschuldet waren.

Im Februar 1945 waren von der Firma Krupp 49 vom Schmiedewerk bestellte Rohlinge für Schnellboot-Kurbelwellen auf den Weg gebracht worden. Diese Lieferung wurde aber wegen *Unzustellbarkeit [...] umgeleitet* und bei einem Stahlwerk im Sauerland zwischengelagert. Das Stahlwerk bezahlte seinerseits die Fracht. Nun drängte die Firma Krupp im Juli 1946 auf die Anerkennung ihrer Rechnung über rund 180.000 RM, die sie Ende November 1945 ausgefertigt hatte.

Auch das Stahlwerk bat *dringend* um den Abtransport der Rohlinge. Alfing seinerseits stellte sich auf den Standpunkt, die Bestellung sei *durch den Ausgang des Krieges automatisch annulliert*, und die Rohlinge seien nur noch als Schrott zu verwerten. Die Rechnung von Krupp und die verauslagten Frachtkosten seien somit eine *Forderung an das Reich*. Der Treuhänder bat daher das AfV *um Klärung und Entscheidung*.⁵³

Die Streichung von der Demontageliste

Die politische Großwetterlage schlug seit der Jahresmitte 1947 um. Nachdem bereits zum 1. Januar 1947 die amerikanische und die britische Besatzungszone zur Bizone zusammengeführt worden waren und sich die Siegermächte in mehreren Konferenzen der Außenminister nicht über die deutsche Frage einigen konnten, wobei sie in der Folge mit gegenseitigen Schuldzuweisungen nicht geizten, führten die Verkündung der Truman-Doktrin und die Bekanntgabe des Marshall-Planes immer rascher zum „Kalten Krieg“ und sofort zum Ende der gemeinsamen Reparationspolitik.

Am 29.08.1947 veröffentlichten die USA und Großbritannien einseitig einen revidierten Industrieniveauplan für die Bizone. Unter vielen neu gefassten Kennziffern für die Industrie wurde auch festgelegt, dass die Zahl der neu zu produzierenden Personen- und Lastkraftwagen deutlich angehoben werden sollte. Die Demontageliste musste folglich entsprechend angepasst werden.⁵⁴

Während die einzige in der ehemaligen britischen Zone liegende Kurbelwellenfabrik weiter auf der Demontageliste verblieb, und auch demontiert wurde,⁵⁵ konnte am 13.02.1948 das Wirtschaftsministerium in Stuttgart der Alfinng Keßler KG mitteilen, dass *die Militärregierung mit Schreiben vom 3. Febr. 1948 den Herrn Ministerpräsidenten für Württemberg-Baden davon in Kenntnis gesetzt hat, daß Ihr Betrieb endgültig aus dem Reparationsverband entlassen worden ist.*⁵⁶

Frau Auguste Keßler antwortete am 24. Februar und schloss: *Ich möchte Ihnen hiermit für die Hilfe, die Sie meinen Werken geleistet haben, meinen herzlichsten Dank aussprechen. Wir werden stets bestrebt sein, beim Wiederaufbau unseres Landes unsere ganze Kraft mit einzusetzen.*⁵⁷

Der Demontageausgleich

Diese Zusage von Frau Keßler sollte schon bald eingefordert werden. Im Wirtschaftsministerium wurde ein Plan ausgearbeitet, demontierte Werke durch eine solidarische Aktion nicht demontierter Werke funktionsfähig zu erhalten. Für diesen *Demontageausgleich* sollte auch die Maschinenfabrik einen Teil ihres Maschinenparks zur Verfügung stellen, wozu sie sich sofort bereit erklärte.

Rund 100 Maschinen der verschiedensten Art wurden bereitgestellt und größtenteils zugeteilt.⁵⁸ Eine finanzielle Entschädigung war vorgesehen. Die Währungsreform vom 4. Juni 1948 ließ indes die Erstattung auf ein Zehntel des eigentlichen Gegenwerts der Maschinen schrumpfen.⁵⁹ Das Wirtschaftsministerium teilte mit Schreiben vom 4. Juni 1949 dem Unternehmen mit, *die Angelegenheit des Demontageausgleichs ist [...] abgewickelt.*⁶⁰

Frau Auguste Keßler als Unternehmerin

Frau Keßler sah sich als Universalerbin ihres Mannes und persönlich haftende Gesellschafterin grundlegend verpflichtet, das Werk von Firmengründer Karl Keßler weiterzuführen: *Über allem steht aber meine Pflicht zur Bewahrung meiner Werke.*⁶¹ In einem Schreiben an das AfV Aalen unterstrich sie: *Ich [habe] als Universalerbin die alleinige Befugnis zur Geschäftsführung und zur Vertretung der Gesellschaft.*

Nach Abschluss des Entnazifizierungsverfahrens, in dem sie als nicht betroffen eingestuft wurde, war es für sie folgerichtig zu beantragen, *die Vermögenskontrolle [...] mit sofortiger Wirkung aufzuheben, da es erforderlich sei, die Gesamtorganisation der Firmen neu aufzubauen. Derartige grundlegende Entscheidungen kann naturgemäss nur der Firmeninhaber selbst treffen.*⁶²

An anderer Stelle machte sie deutlich, dass *meine Eignung zur Leitung der Al-fing-Werke bestimmt größer sei als die eines branchenfremden Treuhänders, nachdem ich seit vielen Jahren von meinem Mann als Nachfolgerin in der Leitung der Werke eingesetzt und eingeweiht wurde*⁶³ und bemerkte: *es gibt kein Gesetz, das einem Ministerium erlaubt, einer Frau deshalb, weil sie eine Frau ist, ihr Eigentum wegzunehmen und unter Kuratel zu stellen.*⁶⁴ Auch von Gewerkschaftsseite wurde sie als befähigt erachtet, *durch die lange Verbundenheit mit dem Betrieb selbst die Oberaufsicht zu führen.*⁶⁵

Die Ausweitung der Produktion

*[Wir] teilen Ihnen höflich mit, dass wir z. Zt. alle Vorbereitungen treffen, um die beabsichtigte Produktionssteigerung auf etwa 3.000 Kurbelwellen pro Monat gegenüber 2.000 Kurbelwellen pro Monat, die wir heute erzeugen, sicherzustellen.*⁶⁶

Diese Ausweitung der Produktion war politisch gewollt. Die Verwaltung für Wirtschaft in Minden, eine Art Wirtschaftsministerium der Bizone, war daran interessiert, den Industrieniveauplan von 1947 voll auszuschöpfen, der eine deutlich erhöhte Produktion von Personen- und Lastkraftwagen vorsah.⁶⁷

Das Wirtschaftsministerium von Württemberg-Baden wurde daher von ihr beauftragt, *schnellstens [...] alle notwendigen Voraussetzungen für die Produktionserweiterung zu schaffen, um die Motoren- und damit die Fahrzeugfertigung insgesamt nicht zu beeinträchtigen.*⁶⁸

Der Fortbestand des Werkes war damit gesichert, die schwierigste Zeit vorbei. Die Beschaffung von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen wurde – auch mit Unterstützung durch das Wirtschaftsministerium – sichergestellt. 1949 zählte man eine Belegschaft von 1.300 Personen, monatlich wurden rund 3.400 fertige Kurbelwellen ausgeliefert. Der rasch einsetzende wirtschaftliche Aufschwung der

neu gegründeten Bundesrepublik findet so seinen Widerschein im wieder beginnenden Aufstieg der Maschinenfabrik Alfing Keßler.⁶⁹

Begriffserklärungen

Nephelin (Fettstein), Tarnname für den Industriestollen auf dem Gelände der Alfing Kessler Werke. Das Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion hatte im Rahmen des Projekts zur Untertage-Verlagerung der deutschen Rüstungsproduktion geologische Bezeichnungen für neue Stollenanlagen vorgegeben.

OMGUS (Office of Military Government for Germany U.S), seit September 1945 Name der Militärregierung für die amerikanische Besatzungszone mit Sitz in Berlin. OMGUS für Württemberg-Baden hatte seinen Sitz in Stuttgart. Gegliedert war OMGUS in Fachressorts (Divisions), die sich ihrerseits in Hauptabteilungen (Branches) und Unterabteilungen (Sections) gliederten. Für Demontagen war die *Reparations and Demolition Section* der *Economics Division* zuständig, für Fragen der Vermögenskontrolle die *Property Control Branch* der *Finance Division*. (Stand 1946)

Ordnance Base Depot später Aalen Ordnance Rebuild Shop, zentrale Reparaturwerkstatt für US-Militärfahrzeuge auf dem Gelände der Alfing Kessler Werke mit bis zu 1.200 Beschäftigten.

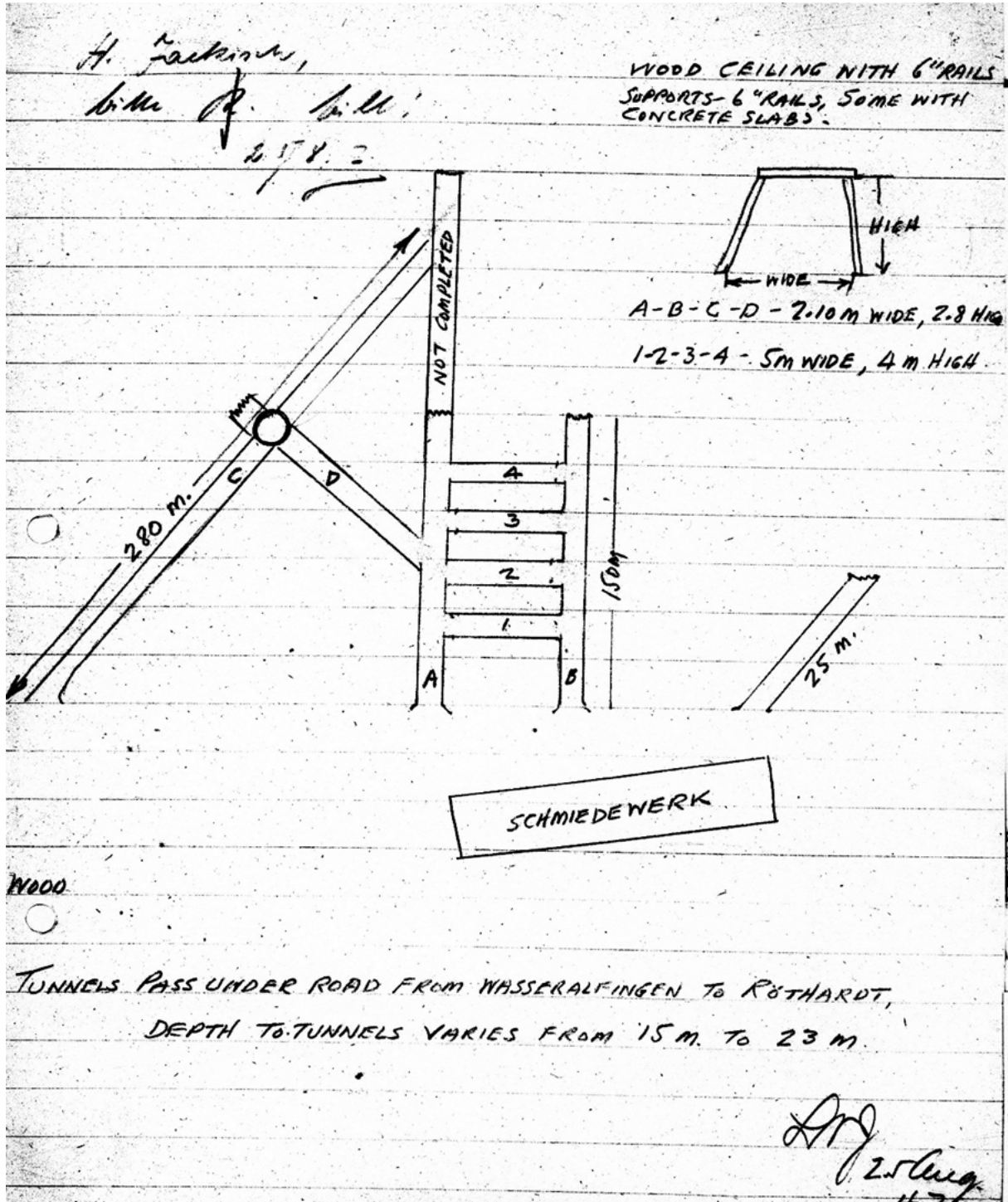
UNRRA (United Nations Relief and Rehabilitation Administration), gegründet 1943. Hauptaufgabe der UNRRA war die Unterstützung der Militäradministration bei der Repatriierung der Kriegsgefangenen und Fremdarbeiter. Ab Herbst 1946 wurden in Wasseralfingen polnische Juden untergebracht, die auf Auswanderung hofften.

Endnoten

- ¹ 75 Jahre Alfing. Festschrift zum 75jährigen Bestehen der Maschinenfabrik Alfing Keßler GmbH. Text und Bildauswahl Eugen Hafner. Aalen 1986, S. 47.
- ² ABELSHAUSER, Werner: Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945. München 2004.
BENZ Wolfgang: Reparationsproblem und Demontageprogramm. In: Deutschland unter alliierter Besetzung 1945-1949, (Gebhardt: Handbuch der deutschen Geschichte, Band 22, Stuttgart 2009), S. 101 ff. (zit. BENZ, REPARATIONSPROBLEM).
- ³ Anfangsbericht zum 12.01.1946, StAL EL 402/1 Bü 524, Industrieerhebungsbericht für die Militärregierung 15.03.1946, HStAS EA 6/006 Bü 324.
- ⁴ Anfangsbericht, ebd.
- ⁵ Ergänzung zum Produktionsbericht 20.03.1947, HStAS EA 6/006 Bü 324.6.
- ⁶ Aktennotiz Svikowsky 15.05.1946, ebd.
- ⁷ BENZ, REPARATIONSPROBLEM, S.101.
- ⁸ PETERSON, Birgit: Die amerikanische Reparationspolitik in Deutschland 1945-1949 im Spannungsfeld der deutschlandpolitischen Zielsetzungen der vier Mächte. Diss. Univ. Würzburg 1993 (zit. PETERSON, REPARATIONSPOLITIK), S. 239.
- ⁹ Innerhalb der „Finance Division“ bestand für die Vermögenskontrolle eine „Property Control Branch“. Die Militärregierung übte somit auch hier die Oberaufsicht aus.
- ¹⁰ Schreiben des Treuhänders an das AfV Aalen 30.09.1946, StAL EL 402/1 Bü 524.
- ¹¹ Aktennotiz Rühlmann 28.02.1947, HStAS EA 6/006 Bü 324.
- ¹² Bericht des Ingenieurs Mößner über den Bau der Gesenkschmiede und des Fabrikationsstollens 01.07.1947, HStAS EA 6/006 Bü 324.
- ¹³ Schreiben 21.05.1946, HStAS EA 6/006 Bü. 324.
- ¹⁴ Schreiben an die Militärregierung 29.05.1946, HStAS EA 6/006 Bü 324.
- ¹⁵ Schreiben des Senatsrats Schmid an die Militärregierung 30.10.1946, HStAS EA 6/006 Bü 324.
- ¹⁶ Schreiben an das Württembergische Finanzministerium 26.04.1947, HStAS EA 6/006 Bü 324.
- ¹⁷ Bahndienstfern schreiben 26.04.1947, HStAS EA 6/006 Bü 324.
- ¹⁸ Schreiben an die Militärregierung, 11.10.1947, HStAS EA 6/006 Bü 324.
- ¹⁹ Schreiben (in deutscher Übersetzung) 19.07.1947, HStAS EA 6/006 Bü 324.
- ²⁰ Puffe, Ludwig, geb. 10.01.1894 in Hamburg-Wandsbek, „Fliegerhauptingenieur“, seit 1938 im Reichsluftfahrtministerium beschäftigt, war während des Krieges zur Bauaufsicht bei der Nabenfabrik Ellwangen kommandiert, StAL EL 902/1 Bü 11935.
- ²¹ Tätigkeitsbericht des Reparationstrupps 31.03.1947, HStAS EA 6/006 Bü 324.
- ²² Schreiben des Ingenieurs Puffe 17.03.1947, HStAS EA 6/006 Bü 324.
- ²³ Meldung an die Süddeutsche Eisen- und Stahl Berufsgenossenschaft Stuttgart 12.12.1947, ebd.
- ²⁴ Tätigkeitsbericht, vgl. Anm. 21; detaillierte Transport- und Ladeliste StAL EL 402/1 Bü 524.
- ²⁵ Ebd. Zu OMGUS allgemein OMGUS-HANDBUCH: Die amerikanische Militärregierung in Deutschland 1945 - 1949. Hrsg. von Christoph WEISZ. München 1995.
- ²⁶ Vgl. oben Anm. 12. Die eigentlichen Arbeiten wurden durch KZ-Häftlinge durchgeführt, die in einem neu errichteten Lager in der Nähe der Firma untergebracht waren. Dafür findet sich in den eingesehenen Beständen nur auf einem (undatierten) Gesamtplan der Firma der Eintrag „Gefangenenlager“. Zur Geschichte des KZ-Außenkommandos Wasseralfingen BAUER, Karlheinz: Ein Außenkommando des Konzentrationslagers Natzweiler in Wasseralfingen. In: Aalener Jahrbuch 1984, S. 345-384 (zit.) BAUER, AUßENKOMMANDO WASSERALFINGEN.
- ²⁷ Die Ausmaße waren recht beeindruckend: mehrere hundert Meter Zugangs- und Verbindungsstollen, mit teilweise stark betonierten Wänden, Produktionshallen mit 20 m Länge, 5 m Breite und 4 m Höhe. Verschiedene Skizzen und Pläne HStAS EA 6/006 Bü 324. Skizze mit englischer Beschriftung vom 25.08.1947 als Anhang.
- ²⁸ Ebd.
- ²⁹ Aktenvermerk Ingenieur Gehret über die Vorbereitung der Stollen-Sprengung 20.09.1947, ebd.
- ³⁰ Schreiben Ingenieur Gehret an das Kreisbauamt Aalen 23.2.1948, ebd.
- ³¹ Schreiben des Treuhänders an das AfV Aalen 10.06.1947, StAL EL 402/1 Bü 523 c.
- ³² Schreiben des Treuhänders an das AfV Aalen 30.06.1946, StAL EL 402/1 Bü 524.
- ³³ Gesamter Vorgang StAL EL 402/1 Bü 524.
- ³⁴ Übersicht in MÜLLER, Ulrich: Die polnischen und jüdischen Lager in Wasseralfingen von 1945 bis 1950. In: Aalener Jahrbuch 1986, S. 283-299.
- ³⁵ Schreiben des Treuhänders an das AfV Aalen 25.04.1947, StAL EL 402/1 Bü 523 c.
- ³⁶ Mietvertrag 18.12.1946, StAL EL 402/1 Bü 523 a, Zusatz zum selben Mietvertrag Bü 232 a.
- ³⁷ Schreiben des Treuhänders 17.10.1946, StAL EL 402/1 Bü 523 c.
- ³⁸ Meldebogen zur Entnazifizierung, StAL EL 901/1 Bü 96; Anfangsbericht zum 12.01.1946, StAL EL 402/1 Bü 524; Appointment of Custodian, StAL EL 402/1 Bü 523 a.
- ³⁹ Schreiben an die Militärregierung Aalen 02.02.1946, StAL EL 402/1 Bü 523 b.
- ⁴⁰ Nur 3,5 Prozent der Treuhänder wurde ein so hohes Gehalt bewilligt. Statistik der monatlichen Treuhändergelder, 20.03.1947, HStAS EA 5/001 Bü 1442.

- ⁴¹ Schreiben des Treuhänders 05.08.1947, HStAS EA 6/006 Bü 324.
- ⁴² StAL EL 402/1 Bü 524.
- ⁴³ Schreiben des Gewerkschaftsbundes Württemberg-Baden Ortsausschuss Aalen an das AfV Aalen 19.07.1947, StAL EL 402/1 Bü 523 a.
- ⁴⁴ Schreiben des Beauftragten für die gewerbliche Wirtschaft des Kreises Aalen an die Nabenfabrik 28.05.1945, StAL EL 402/1 Bü 232 a.
- ⁴⁵ Angaben aus verschiedenen Berichten StAL EL 402/1, Bü 232 a; HStAS EA 6/003 Nr. 2536.
- ⁴⁶ Aktenvermerk des Treuhänders über Besprechung im Finanzministerium, Hauptabteilung VI 2. Mai 1947; Gedächtnis-Notiz des Leiters AfV Aalen 05.05.1947, StAL EL 402/1 Bü 232 a.
- ⁴⁷ Liste in BAUER, AUßENKOMMANDO WASSERALFINGEN, S.378 f.
- ⁴⁸ Schreiben des AfV Aalen an das Finanzministerium 18.10.1946, StAL EL 402/1 Bü 523 b.
- ⁴⁹ Schreiben des Bauunternehmens Apprich Aalen an die Maschinenfabrik Alfing 04.10.1946, StAL EL 402/1 Bü 523 b.
- ⁵⁰ Schreiben der Kreissparkasse Aalen an die Maschinenfabrik Alfing 10.01.1947, StAL EL 402/1 Bü 523 c.
- ⁵¹ http://www.loc.gov/r/frd/Military_Law/Enactments/02LAW11.pdf, rev. 2010-07-11.
- ⁵² Wie dies bilanztechnisch abgewickelt wurde, lässt aus dem vorliegenden Quellenmaterial nicht entnehmen.
- ⁵³ Schreiben des Treuhänders an das AfV Aalen 22.07.1946, StAL EL 402/1 Bü 523 b. Aus den Akten ist nicht zu entnehmen, wer für diesen Rechnungsbetrag letzten Endes aufkam.
- ⁵⁴ PETERSON, REPARATIONSPOLITIK, S. 358 f; die vollständige Demontageliste mit zusätzlichem Material www.digitale.uni-koeln.de/Reichelt/reichelt_index.html, rev. 2010-04-23.
- ⁵⁵ Es handelte sich um die „Deutsche Edelstahlwerke AG“ Hannover-Linden, Schreiben des Wirtschaftsministeriums an den Oberfinanzpräsidenten beim Landesfinanzamt 26.10.1948, HStAS EA 6/006 Bü 324.
- ⁵⁶ Schreiben vom 13.02.1948, StAL EL 402/1 Bü 523 b.
- ⁵⁷ Schreiben vom 24.02.1948, HStAS EA 6/006 Bü 324.
- ⁵⁸ Einzelnachweise HStAS EA 6/006 Bü 324.
- ⁵⁹ Schreiben des Wirtschaftsministeriums an den Oberfinanzpräsidenten beim Landesfinanzamt 26.10.1948, HStAS EA 6/006 Bü 324.
- ⁶⁰ Schreiben vom 04.06 1949, ebd.
- ⁶¹ Schreiben an das Wirtschaftsministerium 27.04.1948, HStAS EA 6/006 Bü 324.
- ⁶² Schreiben an das AfV Aalen 03.07.1947, StAL EL 402/1 Bü 524.
- ⁶³ Schreiben an das AfV Aalen 19.07.1947, StAL EL 402/1 Bü 523 a.
- ⁶⁴ Ebd.
- ⁶⁵ Schreiben des Gewerkschaftsbundes Württemberg-Baden Ortsausschuss Aalen an das AfV Aalen 19.07.1947, StAL EL 402/1 Bü 523 a.
- ⁶⁶ Schreiben an das Wirtschaftsministerium 20.10.1948, HStAS EA 6/006 Bü 324.
- ⁶⁷ Die genauen Zahlen PETERSON, REPARATIONSPOLITIK, S. 358.
- ⁶⁸ Schreiben des Wirtschaftsministeriums an den Oberfinanzpräsidenten 26.10.1948, HStAS EA 6/006 Bü 324.
- ⁶⁹ SCHURIG, Roland: Arbeiten für die US-Armee. Das Beispiel des Aalen Ordnance Rebuild Shop. In: Aalener Jahrbuch 2000, S. 107-110.

Anhang



Plan des Produktionsstollens „Nephelin“
 (Hauptstaatsarchiv Stuttgart EA 6/006 Bü 324)

TRIPPLICATE

Provinz/Land **Wurttemberg**Date **12 January 1946**
Datum

MILITARY GOVERNMENT
MILITAERREGIERUNG
PROPERTY CONTROL BRANCH
HAUPTABTEILUNG FUER VERMOEGENS-
BEAUFSICHTIGUNG

NOTICE OF CUSTODY**BEKANNTMACHUNG BETR. VERMOEGENSBEAUF SICHTIGUNG**

Notice is hereby given that effective as of this date, the property specified below, together with all appurtenances as well as the contents thereof, is hereby declared to be under the control of Military Government pursuant to the provisions of the Blocking and Control of Property Law (No. 52).

Auf Grund der Vorschriften des Gesetzes (Nr. 52) über die Sperre und Beaufsichtigung von Vermögen wird hiermit bekannt gemacht, dass mit sofortiger Wirkung das unten näher bezeichnete Vermögen, einschliesslich allen Zubehörs und aller Bestandteile, der Beaufsichtigung der Militärregierung unterliegt.

Any interference with said property or trespass thereon is strictly forbidden and will render the person responsible liable to punishment by a Military Government Court.

Störende Einwirkungen auf dieses Vermögen, sowie unbefugtes Betreten des Grundbesitzes, sind strengstens untersagt. Zuwiderhandelnde setzen sich strafrechtlicher Verfolgung durch ein Gericht der Militärregierung aus.

DESCRIPTION OF PROPERTY

Beschreibung des Vermögens

machines and mechanical equipment**(KESSLER, Schmiedwerk, Wasseralfingen)**

By (durch):

By order of **MILITARY GOVERNMENT**
Im Auftrage der **MILITAERREGIERUNG**

Name

JOSEPH R. KASUNIC

Rank

1st Lt.,

Designation

Prop Con Officer

Among the actions prohibited by Military Government, except when licensed or otherwise authorized or directed by Military Government, no person shall import, acquire or receive, deal in, sell, lease, transfer, export, hypothecate or otherwise dispose of, destroy or surrender possession, custody or control of such property.

All custodians, curators, officials or other persons having possession, custody or control of such property are required:—

- A. 1. To hold the same, subject to the directions of the Military Government, and pending such direction not to transfer, deliver or otherwise dispose of the same;
2. to preserve, maintain and safeguard and not to cause or permit any action which will impair the value or utility of such property;
3. to maintain accurate records and accounts with respect thereof and the income thereof.
- B. When and as directed by Military Government:
 1. File reports furnishing such data as may be required with respect to such property and all receipts and expenditures received or made in connection therewith;
 2. transfer and deliver custody, possession or control of such property and all books, records and accounts relating thereto, and
 3. account for the property and all income and products thereof.

No person shall do, cause, or permit to be done any act of commission or omission which results in damage to or concealment of this property.

Orig — to Property Owner /Holder
Dup — to PCO
Trip — File-copy

Falls die Militärregierung keine amtliche Genehmigung oder sonstige Ermächtigung oder keine anderweitige Anweisung erteilt, sind hinsichtlich obigen Vermögens unter anderem verboten:

Einfuhr, Erwerb, Empfangnahme, Handel, Verkauf, Verpachtung, Uebertragung, Ausfuhr, Verpfändung, anderweitige Verfügung, Zerstörung oder Aufgabe des Besitzes, Aufgabe der Verwaltung oder Beaufsichtigung.

Alle Verwalter, Pfleger, Amtspersonen oder andere Personen, die solches Vermögen in Besitz, Verwaltung oder unter ihrer Kontrolle haben, unterliegen den folgenden Verpflichtungen:

- A. 1. Sie haben das Vermögen nach den Anweisungen der Militärregierung zu verwalten und dürfen ohne bestimmte Anweisung derartiges Vermögen weder übertragen noch aushändigen noch anderweitig darüber verfügen;
2. Sie müssen das Vermögen verwahren, erhalten und beschützen und dürfen nichts unternehmen, das den Wert oder die Brauchbarkeit solches Vermögens beeinträchtigt, noch derartige Handlungen durch Dritte zulassen;
3. Sie müssen hinsichtlich des Vermögens und dessen Erträgen, genaue Bücher führen und Abrechnungen aufstellen;
- B. Sie müssen nach Anweisung der Militärregierung:
 1. Berichte einreichen und darin die hinsichtlich dieses Vermögens verlangten Angaben machen, sowie alle Einnahmen und Ausgaben auführen, die im Zusammenhang mit dem Vermögen erzielt oder gemacht worden sind;
 2. Den Besitz, die Verwaltung oder die Kontrolle solches Vermögens und sämtliche Bücher, Urkunden und Abrechnungen, die darauf Bezug nehmen, übertragen und aushändigen und
 3. über das Vermögen, das gesamte Einkommen und die daraus erzielten Früchte Rechenschaft ablegen.

Die Begehung, Verursachung oder Zulassung von Handlungen oder Unterlassungen, durch welche dieses Vermögen beschädigt oder verheimlicht wird ist verboten.